

2023-12-13 Rede zum Haushalt 2024 im Kreistag Tübingen

Margrit Paal, Tübinger Linke

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Landrat Walter, geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Chapeau, lieber Herr Landrat! Noch nie hat sich Ihr Zitat von Jesu Sirach aus der Haushaltsrede in den Anträgen der Fraktionen so wiedergefunden als in diesem Haushaltsjahr.

„Bei all Deinem Tun bleibe bescheiden und Du wirst mehr geliebt werden als einer der Gaben verteilt“

Denn die Anträge der Fraktionen sind mehr als bescheiden. Ausnahmsweise hat sich auch die Tübinger Linke mit Anträgen zurückgehalten. Ob wir dafür mehr geliebt werden bleibt offen. Klar ist: Gaben zu verteilen haben wir hier in diesem Kreis und Landkreis sehr selten. Noch weniger zu verteilen haben wir in finanziell engen Zeiten der Zeitenwende.

Ist Wirtschaftsminister Habeck deswegen ein Prophet? Er hat zu Beginn des Ukrainekriegs den Satz gesagt „Wir werden ärmer werden.“

Ja, so ist es. Daten zeigen, dass Deutschlands Kaufkraft in der Welt abnimmt. Wir werden ärmer.

Aber auch nicht alle. Wir haben eine nie dagewesene Konzentration von großen Vermögen in der Hand ganz weniger.

Rekordausschüttungen an Aktionäre der deutschen Konzerne in diesem Jahr belaufen sich auf 60 Milliarden Euro. Der gleiche Betrag steht als Loch in der Kasse im Bundeshaushalt.

Rücksichtslose Unternehmer wie Rene Benko zeigen, wie man den Staat optimal abzockt. Über 700 Millionen Euro Staatshilfen wurden in seine Unternehmen geschüttet. Die Beschäftigten haben trotzdem die Arbeitsplätze verloren und sitzen nun in den Jobcentern. Wieso holen wir uns die 700 Millionen nicht zurück? Stellen Sie sich mal vor, wieviel Förderanträge und Wohngelderhöhungen wir von diesem Geld beschließen können. Rene Benko schwimmt als Pleitegeier trotzdem oben und macht als Immobilienhai weiter Riesengewinne.

So sehen echte Abzocker aus, es sind nicht die Empfänger von Bürgergeld, Geflüchtet oder BTHG-Antragstellerinnen.

Die kommunalen Spitzenverbände beschwerten sich lautstark über steigende Ausgaben und dass die Städte, Gemeinden und Landkreise für Dinge bezahlen müssen, die vom Bund beschlossen werden.

Ja, die Kommunen haben hohe Ausgaben. Das sehen wir auch.

Aber wir Linke fragen uns: warum fordern der Landkreistag und der Städtetag nicht endlich dass die Krisengewinne der Rüstungsunternehmen und Energiekonzerne abgeschöpft werden. Warum werden die großen Vermögen der Superreichen nicht besteuert?

Deshalb Herr Landrat, liebe Bürgermeisterin und Bürgermeister, Frage ich Sie: warum regen Sie sich nur über steigende kommunale Ausgaben auf? dass das Bürgergeld um ein paar Euro steigt oder das Wohngeld erhöht wird oder die Tariflöhne an die die Inflation angepasst werden? Wir streiten uns hier um wenige Prozentpunkte Kreisumlage zu Lasten wichtiger Sozial- und Präventionsprojekten. Das ist die falsche Stelle.

Sie sollten sich darüber aufregen, dass ein Konzern wie Amazon mit seinen 56 deutschen Tochterunternehmen in Deutschland 32 Mrd. Euro Umsatz macht, aber nur 64 Mrd Euro Steuern zahlt.

Die Steuerlast ist zugunsten von Großkonzernen verschoben.

Der Durchschnittssteuersatz der Einkommenssteuer bei einem Einkommen von 60000 Euro liegt bei 25,4 %. Der Konzern Rhein Metall hat bei einem Umsatz von 7 Mrd eine Steuerquote von 26,9 %. Diese Gegenüberstellung zeigt, dass eben nicht die starken

Schultern mit den großen Gewinnen die seit Jahren andauernden Krisen finanzieren. Wir Bürgerinnen und Bürger zahlen im Verhältnis genauso viel Steuern. Und wir zahlen in der Krise doppelt. verzichten bei der staatlichen Daseinsfürsorge in Zeiten mit Sparhaushalten wie diesem. Wir zahlen also doppelt, materiell als auch immateriell.

Und ich sage es mal ganz pauschal: Jeder Euro Gewinn von Rheinmetall und anderen Rüstungskonzernen hat Folgekosten von drei Euro in unserem Sozialhaushalt. Das merken wir an Kriegen wie in der Ukraine, Syrien oder wo auch immer.

Deswegen ist die Antwort auf die Feststellung von Robert Habeck, dass kein Geld für Krieg ausgegeben werden darf. Es braucht Sondervermögen für die Daseinsfürsorge, und nicht für Bomben, Panzer und Kampfflugzeuge. Wir brauchen Verhandlungen für Frieden, um das sinnlose Töten von Menschen, zerstören von Infrastruktur und das Verbrennen von Geld zu beenden. Ein Diplomat ist hundertmal günstiger als eine abgeworfene Rakete.

Wir Linke wollen nicht, dass die Menschen ärmer werden. Vor allem wollen wir nicht dass die staatlichen Leistungen auf dem Rücken der normalen Menschen und insbesondere der Armen gekürzt werden. Dass gesellschaftlich wichtige Aufgaben zur Prävention nicht oder nur noch unzureichend erledigt werden.

Genau so ist die momentane Situation aber.

Sehen wir uns dazu doch mal die hart umkämpfte Liste der noch sogenannten Freiwilligkeitsleistungen an. Aber zuallererst von unserer Seite ein Dankeschön für den breiten Konsens zu 120 Förderanträge. Wir Linke meckern nicht nur, wir können auch loben. Aber es muss auch was zum Loben geben.

Einige wenige Anträge sind noch offen. Das bekommen wir hoffentlich noch hin denn es geht nicht um große Beträge. Ich weiß in den Vorberatungen gab es nicht immer Verständnis dafür, dass wir die Unterstützung für die vollen Antragssummen bei einigen Anträgen aufrechthalten und keinen Konsens signalisiert haben. Da haben wir aus unserer Sicht gute Gründe dafür.

Das betrifft insbesondere den Block zu den „Frauenthemen“. Klar ist es vielleicht im Vergleich zu dem Gesamthaushalt Peanuts wenn

die Interventionsstelle häusliche Gewalt 1000 € weniger bekommt als beantragt. Aber 1000 Euro sind für einen kleinen Verein viel Geld. Wir haben uns erkundigt: in allen Projekten bei Frauen helfen Frauen fallen Unmengen von Überstunden an, die die Angestellten dann am Jahresanfang verschenken, weil sie da verfallen.

Die Anfragen und der Bedarf sind enorm gestiegen, auch in der Beratungsstelle häusliche Gewalt. Momentan liegt die Wartezeiten auf einen Termin bei 4 Wochen - wenn es aber so lange dauert werden die Frauen nicht mehr erreicht. Und es geht dabei nicht nur um unterdrückte, geschlagene oder vergewaltigte Frauen, sondern auch in der Regel um ihre Kinder. Diese Folgekosten für solch ein Familienleben sind nicht abzuschätzen. Sie sind auf jeden Fall sicherlich höher als die 12.000 € Differenzbetrag zur Antragssumme, die der Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt bewilligt werden soll. Ich habe nicht extra eine Statistik herausgesucht, aber nicht wenige Kinder aus schwierigen Familiensituationen, in denen Gewalt eine Rolle spielt, landen hier in der Jugendhilfe oder haben Suchtprobleme. Jeder Euro in die Beratungsstelle Häusliche Gewalt spart viel Geld an anderer Stelle.

Auch die Schwangerschaftskonfliktberatung von Pro Familia e.V. sollte aus unserer Sicht erhalten bleiben und durch eine Förderung des Landkreises unterstützt werden. Für uns Frauen ist es wirklich wichtig, im Falle einer Schwangerschaft eine schnelle, qualitativ hochwertige Beratung zu haben - und auch eine Wahl zwischen mehreren Beratungsstellen und keine Monopole.

Wären wir Frauen hier im Kreistag in der gleichen Anzahl vertreten wie in der Weltbevölkerung, nämlich die Mehrheit, würden wir diese Anträge anders beraten und hoffentlich auch anders abstimmen. Ist aber nicht so. Daher bitte ich bei diesen Themen auch um die Stimmen von Männern. Sie müssen nicht Feminist sein um, diesen Anträgen zustimmen zu dürfen.

Und lassen Sie mich auch zu der Bezeichnung der Liste als „Freiwilligkeitsleistungen“ was sagen.

Dieser Begriff taugt nicht für das, was sich dahinter verbirgt; das sind wichtige Leistungen im Bereich Bildung, Kultur, Gesundheit, Pflege, Familienunterstützung, Beratungsstrukturen für Geflüchtete

und Ähnliches. Wenn wir diese Angebote für die Gesellschaft nicht hätten hätten wir zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben.

Auf der Liste ist nichts Überflüssiges dabei, auf das der Landkreis einfach nach Belieben verzichten könnte. Stellen Sie sich vor es geht um die Beratung einer Frau, die geschlagen wird und wir nennen es „Freiwilligkeitsleistungen“. An diesem Beispiel wird deutlich, wie wenig der Name dem Inhalt entspricht.

Freiwilligkeitsleistungen klingt so, als würden wir ohne Not Millionen Euro zum Fenster rauswerfen, die nicht zumindest gesellschaftliche Pflicht, sondern Kür sind. sind. Wir Linke wollen deshalb eine andere Bezeichnung für diese Liste:

Nennen wir die Liste zukünftig doch einfach beim echten Namen - Förderanträge. Einen dementsprechenden Antrag werden wir im nächsten Jahr einreichen.

Zu unseren Anträgen: Wir sagen auch dieses Jahr: Der Landkreis muss weiter in der Lage sein, seine Aufgaben als Institution des sozialen Ausgleichs wahrzunehmen und eigene Akzente zu setzen.

Unsere Akzente lauten: Einführung eines Kreissozialtickets für berechnigte der Kreisbonuscard und Senkung der Eigenanteile bei Schülerfahrten. Bei diesen beiden Themen bleiben wir uns treu, trotz knapper Kassen, - nicht aus Sturheit, sondern weil Schüler:innen und arme Menschen im Naldo-Bereich massiv benachteiligt sind. Die Anträge werden wir in den Beratungen begründen.

Wir gehen davon aus, dass auch die Freien Wähler diesmal dafür stimmen. Denn vermutlich nach der Kommunalwahl einer der prominentesten Vertreter des Nahverkehrs zum Nulltarif in ihren Reihen sitzen. Also geben sie sich heute einen Ruck, dass müssen wir nach der Neuwahl nicht mehr so intensiv diskutieren.

Wir unterstützen ausdrücklich Einsatz der Verwaltung für ausreichend Unterkünfte für Geflüchtete hier im Landkreis; dafür danke an die Verwaltung und Sie persönlich – Herr Landrat, ist diese Woche für eine Unterkunft in Bodelshausen persönlich eingesetzt.

Diese allgemeine Verunsicherung macht anfällig für rechte und demagogische Krisenlösungen. Nationalistische Ideologien schaffen vermeintliche Sündenböcke und lenken von den tatsächlichen Ursachen der Kluft zwischen Arm und Reich ab. Das führt zu diesen darwinistischen Diskussionen zum Thema Bürgergeld, Geflüchtete, oder auch BTHG. Wir als Tübinger Linke wollen, dass Landkreis auch zukünftig ein Landkreis für alle ist und wir alle darauf achten, dass der gesellschaftliche Dialog von Verständnis und nicht Sozialneid geprägt ist.

Uns liegt für nächstes Jahr ein schlanker und etwas unter Spannung stehender, aber im wesentlichen ausgeglichener Haushalt vor. Das ist für uns auch ein Ergebnis solider Verwaltungsarbeit. Die Lorbeeren dafür gehen an alle Beschäftigten des Landkreises, die täglich hervorragende Arbeit leisten. Insbesondere die offensichtlich in zurückliegenden Jahren in hohem Maße mit zusätzlichen Belastungen konfrontiert waren. Diese Leistungen sind nicht selbstverständlich und haben unsere höchste Anerkennung, ganze herzlichen Dank dafür!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und den fairen, freundlichen und konstruktiven Umgang im letzten Jahr! Ich wünsche uns allen kollegiale Beratungen und natürlich freuen wir uns, wenn sie sich unseren wenigen Anträgen oder den guten Argumenten für die Förderanträge anschließen!